

WA8 Für Sicherheit im Wandel

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)
Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

- 1 Die Suche nach Sicherheit in Krisenzeiten ist ein Leitmotiv von Menschen.
- 2 Sicherheit zu jeder Zeit zu garantieren, ist die Aufgabe handlungsfähiger
- 3 Politik.
- 4
- 5 Wenn Krisen selbst zentrale Fundamente bedrohen, auf die wir uns als
- 6 Gesellschaft nach den Erfahrungen von Krieg, Leid und Tod nach der Shoa geeinigt
- 7 haben, dann muss die Organisierung von Sicherheit ins Zentrum von Politik
- 8 rücken. Der Angriffskrieg auf die Ukraine, der Terror der Hamas gehen auch an
- 9 Niedersachsen nicht vorbei. Der Angriff auf die Demokratie von rechts und eine
- 10 massive Welle antisemitischer Übergriffe greifen auch in Niedersachsen um sich.
- 11 Und nicht zuletzt erreicht das Einwanderungsland Niedersachsen ein
- 12 Migrationsdiskurs, der mit Scheinlösungen und Eskalation versucht, Menschen auf
- 13 Flucht zu kriminalisieren und zu entrechten. Bliebe nicht zuletzt die
- 14 Klimakrise, deren entsichernde Faktoren sich weltweit, aber auch in
- 15 Niedersachsen immer mehr zeigen.
- 16 Es braucht mehr denn je eine Innenpolitik grünem Kompass, um auf die Krisen
- 17 unserer Zeit angemessen zu reagieren.
- 18
- 19 Unsere liberale Demokratie ist eine historische Errungenschaft, die uns wehrhaft
- 20 vor den Feinden der demokratischen Ordnung schützt, die auf der Würde aller
- 21 Menschen gründet und deshalb in Krisen alle Menschen mitdenkt, und die aus den
- 22 Untiefen ihrer Geschichte heraus die Verpflichtung hat, Menschen auf der Flucht
- 23 einen sicheren Ort zu bieten. Unsere Idee von Liberalität, Zukunftssicherheit,
- 24 Menschenwürde und demokratischer Wehrhaftigkeit gründet dabei auf einem
- 25 Grundgesetz, das uns nicht nur verpflichtet, Sicherheit zu organisieren, sondern
- 26 uns hierbei auch konkret leitet. Unmissverständlich hat das
- 27 Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum II. NPD Verbotsverfahren
- 28 festgestellt, dass unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ihren
- 29 Ausgangspunkt in der Würde des Menschen findet (Art. 1 Abs. 1 GG), die zu achten
- 30 und zu verteidigen, Kern aller Politik sein muss.
- 31
- 32 Wir werden in Niedersachsen die weltpolitische Lage nur sehr bedingt
- 33 entscheiden. Wir würden die Menschen im Land, aber auch Politik überfordern,
- 34 indem wir alle Krisen zur Aufgabe der politischen Aushandlung machen. Deshalb
- 35 sollten wir uns auf das konzentrieren, was wir an verantwortungsvoller
- 36 Innenpolitik für unser Bundesland organisieren können- für die, die hier leben
- 37 und die, die noch zu uns kommen. Es ist unsere Aufgabe, dem gesellschaftlichen
- 38 Wandel eine weltoffene Perspektive zu geben. Die einer wehrhaften, auf der Würde
- 39 des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels
- 40 organisiert.
- 41 Und dabei niemanden zurück lässt.
- 42
- 43 Schutz statt Scheinlösungen

41 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen
42 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Der brutale Krieg
43 gegen die demokratische Ukraine zwingt auch jetzt weiter Menschen dazu, in
44 anderen Staaten Schutz zu suchen. Und auch aus anderen Ländern wie Afghanistan
45 oder Syrien suchen weiterhin Menschen einen sicheren Ort. Ihr Leid und ihre
46 Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren.

47 Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Einerseits unserem historischen
48 Anspruch gerecht zu werden, den uns das Grundrecht auf Asyl mitgibt.
49 Gleichzeitig aber auch dem Bedürfnis von Unternehmen, Gewerkschaften, sozialen
50 und kirchlichen Verbänden gerecht zu werden und anstatt ausgrenzender Debatten
51 eine offene und liberale Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.

52 Um tatsächlich Entlastung für die Kommunen zu schaffen, helfen keine
53 Scheinlösungen wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf
54 Abschiebungen, denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche
55 Standards entgegenstehen. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am Ende
56 keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss beendet
57 werden. Statt also Kommunen mit immer mehr Scheinlösungen, Bürokratie und
58 Aufgaben zu belasten, wollen wir erwiesenermaßen wirksame Lösungen umsetzen.
59 Wir stehen für Fakten statt Vorurteile.

60 Es ist in der Migrationsforschung längst erwiesen, dass ein Arbeitsverhältnis
61 der beste Integrationsmotor ist. Gleichzeitig entlastet die Abschaffung von
62 Arbeitsverboten die kommunalen Ausländerbehörden personell und finanziell und
63 erlaubt Unternehmen, schnell Personal zu finden. Die schnelle und unkomplizierte
64 Teilhabe am Arbeitsmarkt ist für alle Beteiligten ein Gewinn.

65 Je schneller der Arbeitsmarktzugang, desto früher gelingt die gesellschaftliche
66 Teilhabe. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geflüchtete ab dem 1. Tag nach
67 der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen und treten für die Abschaffung von
68 Arbeitsverboten ein.

69 Wir schlagen vor, nach den bisweilen realitätsfernen Vorschlägen der letzten
70 Monate, der Ministerpräsidentenkonferenz eine Expert*innenkommission aus
71 Migrationswissenschaftler*innen an die Seite zu stellen. Damit sollen Beschlüsse
72 auf die Wirksamkeit zur Entlastung der Kommunen hin wissenschaftlich geprüft
73 werden. Aus Niedersachsen könnte hierfür das Osnabrücker Institut für
74 Migrationsforschung und Interkulturelle Studien einbezogen werden. Wir haben
75 herausragende Wissenschaftler*innen in diesem Land, nutzen wir ihre Expertise.

76 Deswegen setzen wir uns dafür ein, im Rahmen der Bund-Länder-Abstimmungen und
77 der Ministerpräsident*innenkonferenzen alle Möglichkeiten zu prüfen und zu
78 unterstützen, die Kommunen real entlasten.

79 Die immer neuen Verhandlungsrunden um eine Finanzierung der Kommunen der
80 Ministerpräsident*innen mit dem Bund halten wir für kontraproduktiv. Wir möchten
81 den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht im Sechs-
82 Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit.

83 Im Zentrum steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von
84 Kommunen bei der Aufnahme. Wir wollen, dass zur pro-Kopf-Pauschale ein Bundes-
85 Investitionsfond eingeführt wird, der aus Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus
86 diesem Fonds sollen langfristige Investitionen getätigt werden, die im
87 Zusammenhang mit der kommunalen Aufnahme von stehen. Zusätzliche Kitas und
88 Schulräume, die durch die Aufnahme insbesondere vieler aus der Ukraine
89 geflüchteter Menschen benötigt werden. Wir schlagen vor, dass für besondere

90 Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen AMIF beantragt werden sollen. Damit
91 würde jeder in ein Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Ein
92 enormer Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

93 Für eine Aufstockung der Stellen für Organisation und Integration müssen Bund-
94 Länder-Gespräche geführt werden. Es braucht eine faire Kostenaufteilung.
95 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im
96 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir
97 ausweiten, damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die
98 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale
99 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung.

100

101 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch
102 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die
103 ebenfalls einen Integrationsbedarf haben und von unserer lokalen Wirtschaft
104 dringend benötigt werden.

105 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat
106 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben
107 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.
108 So können sich die lokalen Entscheidungsträger*innen wieder auf das
109 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

110 Überforderte und unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden demokratische
111 Prozesse und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie. Niedersachsen weist
112 als Flächenland den bislang niedrigsten kommunalen Finanzausgleich auf. Deshalb
113 ist es zentral, dass der Arbeitsprozess zum kommunalen Finanzausgleich zügig zu
114 einem Ergebnis geführt wird, in dem und damit sowohl ein Umverteilungsdefizit
115 zwischen den Kommunen, als auch ein grundsätzliches Problem der Höhe des
116 Instruments anfasst.

117 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt
118 wurden, herrscht bisweilen große Intransparenz. Die niedersächsische
119 Landesregierung hat nichts zu verbergen und informiert über die Verwendung der
120 Mittel. Das Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung
121 des Bundes an die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine
122 Transparenzpflicht einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir
123 hoffen, dass Bayern ein Einzelfall bleibt.

124 Schutz vor den Feinden der Demokratie und der offenen Gesellschaft

125 Die größte Bedrohung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Dabei
126 beobachten wir seit vielen Jahren eine Entgrenzung: demokratiegefährdende,
127 verfassungsfeindliche Einstellungen sind weit verbreitet in der Gesellschaft und
128 kein Phänomen eines definierbaren Randmilieus. Doch längst verharren extrem
129 rechte Einstellungen nicht mehr in der Passivität des eigenen Milieus, sondern
130 organisieren und artikulieren sich immer sichtbarer. Reichsbürger, völkische
131 Siedler, Querdenker, die AfD – der Rechtsextremismus hat auch in Niedersachsen
132 ein breites organisatorisches und eng vernetztes Fundament bis hinein in den
133 niedersächsischen Landtag. Und von dort aus organisiert der Rechtsextremismus
134 seinen Angriff auf die Demokratie. Dabei zielt rechte Ideologie bewusst auf das
135 Zerstören von Vertrauen in Sicherheit: Während rechter Terror und rechte
136 Netzwerke die Institutionen der Demokratie anzugreifen versuchen, bedrohen
137 Rassismus und Menschenfeindlichkeit Menschen in ihrem Alltag und versucht der

138 mandatierte Rechtsextremismus bei jeder Gelegenheit, das Unsicherheitsgefühl der
139 Menschen zu adressieren.

140 Deshalb werden wir auf allen Ebenen Demokratie wehrhaft verteidigen. Um rechte
141 Ideologien zu bekämpfen stärken wir zivilgesellschaftliche Initiativen gegen
142 rechts, den Kampf gegen Antisemitismus, wir stärken politische Bildung, die
143 Arbeit der Gedenkstätten und wir stellen Niedersachsen rassistisch auf.
144 Dafür ist ein Landesdemokratiefördergesetz ebenso wie ein
145 Landesantidiskriminierungsgesetz unabdingbar.

146 Die niedersächsische Polizei als Partnerin im Kampf für die Demokratie

147 Wir begreifen Polizei und Sicherheitsbehörden als Partnerinnen im Kampf gegen
148 die in erster Linie rechte Bedrohung unserer Demokratie, aber auch im Kampf
149 gegen den alle menschenfeindlichen Ideologien verbindenden Antisemitismus. Dies
150 zeigt sich auch und gerade in den letzten Wochen, in der die niedersächsische
151 Polizei mit komplexen Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem Terror der Hamas
152 und dem Schutz jüdischen Lebens besonders gefordert ist. Hierfür gilt der
153 Polizei Niedersachsens unser ausdrücklicher Dank.

154 Wir werben grundsätzlich dafür, ein wechselseitiges Vertrauen zwischen Polizei
155 und Zivilgesellschaft zu stärken und die guten Ansätze zur Förderung
156 demokratischer Resilienz und Wehrhaftigkeit innerhalb der Polizei zu
157 unterstützen. Dabei kann die niedersächsische Polizei an eine nachhaltige,
158 strukturelle Bildungsoffensive zum Demokratieverständnis innerhalb der Polizei
159 anknüpfen, die bundesweit einmalig ist.

160 Zugleich erkennen wir an, dass das Verhältnis von Polizei, Sicherheitsbehörden
161 und Gesellschaft im Einsatz gegen demokratiefeindliche Angriffe einerseits der
162 ständigen gegenseitigen Rückversicherung bedarf und andererseits die
163 gesellschaftlichen Anforderungen speziell an die Polizei als Repräsentantin des
164 staatlichen Gewaltmonopols von besonderer Sensibilität sind. Das Vertrauen auf
165 die demokratischen Institutionen ist in den letzten Jahren gesunken. Das
166 gesunkene Vertrauen in einen funktionierenden Staat trägt zur Ablehnung von
167 demokratischen Grundsätzen und damit auch zur Ablehnung des staatlichen
168 Gewaltmonopols bei. Unsere Beamt*innen erleben das in ihrer täglichen Arbeit
169 durch Hass und Gewaltandrohungen. Wir verurteilen diese Angriffe auf das
170 Schärfste!

171

172 Zudem wollen wir in unserem gemeinsamen Einsatz gegen jegliche
173 Demokratiefeindlichkeit, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus für eine
174 „Vertrauensoffensive“ zur Stärkung unserer Polizei und unserer Demokratie
175 werben.

176 Das bedeutet für uns, dass es zukünftig eine parlamentarisch bestellte
177 Bürger*innenbeauftragte auf Landesebene braucht, die das partnerschaftliche
178 Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Polizei stärkt. Diese Position soll eine
179 starke interne und externe Wirkung entfalten. Sie soll in ihrer externen Wirkung
180 das Vertrauen der Menschen in Niedersachsen auf Transparenz, auf Schutz und auf
181 die individuelle Wahrung ihrer Rechte erhöhen. In ihrer internen Wirkung soll
182 sie den Mitarbeitenden in der Verwaltung und in der Polizei den Raum geben,
183 Aufmerksamkeit und Gehör zu erhalten. Das schafft Vertrauen und Schutz für alle
184 Beteiligten.

185 Wir setzen uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen
186 Einsätzen ein. Die zweifelsfreie Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns ist
187 ein zentrales Gut in einer auf Gewaltenteilung basierenden Demokratie. Eine
188 Kennzeichnung ist daher im Interesse aller Beteiligten, um Konfliktsituationen
189 rekonstruieren und einschätzen zu können.

190 Es steht für uns als Grüne außer Frage, dass die niedersächsische Polizei seit
191 den wegweisenden rot-grünen Reformen der neunziger Jahre als Bürger*innenpolizei
192 auf einem bundesweit ausstrahlenden guten Weg ist, den wir politisch weiter
193 unterstützen und gleichzeitig den heutigen hohen Ansprüchen an polizeiliche
194 Ausbildung einerseits und an polizeiliches Handeln andererseits gerecht werden
195 müssen. Zugleich bekennen wir uns zu einer modernen, digital ausgerüsteten und
196 im bundesweiten Vergleich gut ausgestatteten sowie wettbewerbsfähigen Polizei.
197 Zu einer Polizei, die integraler Bestandteil eines pluralen und offenen
198 Niedersachsens ist.

199 Wir stellen uns unmissverständlich und offensiv an die Seite der
200 niedersächsischen Polizeiführung, die in ihrer Positionierung gegenüber der AfD
201 die Verteidigung der Werte des Grundgesetzes klar den Vorzug gibt gegenüber
202 einer falschen Neutralität gegenüber den rechten Feinden unserer Verfassung.
203 Zugleich wollen wir Polizei und Sicherheitsbehörden beständig darin
204 unterstützen, den aktuellen rassistischen, menschenfeindlichen und
205 antisemitischen Entgrenzungen jederzeit auf Augenhöhe des
206 sozialwissenschaftlichen und kriminologischen Wissens begegnen zu können.

207 Unsere Demokratie ist wehrhaft!

208 Die Entscheidung über ein Parteiverbot obliegt vorbehaltlich eines
209 einzuleitenden Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht. Das
210 zugehörige Verfahren folgt den Regelungen des Grundgesetzes. Nach Art. 21 Abs. 2
211 Grundgesetz (GG) sind dann Parteien verfassungswidrig, wenn sie nach ihren
212 Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche
213 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den
214 Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Im II. NPD-Verbotsverfahren
215 hat das Bundesverfassungsgericht konkretisiert, was unter freiheitlich-
216 demokratischer Grundordnung gemeint ist: Demnach findet die freiheitliche
217 demokratische Grundordnung ihren Ausgang in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs.
218 1 GG). Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht
219 vereinbar, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Richterspruch aus dem Jahr
220 2017. Damit liegt auf der Hand, dass alle demokratischen Parteien prüfen müssen,
221 ob ein solches Verbotsverfahren in Gang gesetzt wird. Denn antragsberechtigt
222 sind, neben der Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat. Die politische
223 Debatte dazu ist in vollem Gange und ausweislich des Karlsruher Richterspruchs
224 und der Gestalt der AfD führen wir als Grüne diese Debatte zielorientiert mit
225 der gebotenen Sachlichkeit, Genauigkeit und Dringlichkeit.

226 Gemeinsam gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

227 Als Bündnisgrüne ist uns die historische Verantwortung der Bundesrepublik und
228 des Landes Niedersachsen für den Schutz jüdischen Lebens in unserem Bundesland
229 eine zutiefst verankerte Verpflichtung. Umso mehr erschüttert uns der Angriff
230 der Terrororganisation Hamas auf die israelische Bevölkerung und der Versuch,
231 die Menschen im Gazastreifen zu Geiseln in einem barbarischen Krieg zu machen.
232 Mit nicht minder großer Erschütterung nehmen wir wahr, wie sehr sich der Terror

233 der Hamas auch hierzulande in antisemitischem Hass äußert. Wir verurteilen jede
234 Form von Antisemitismus, der zum Kern aller menschenfeindlichen Ideologien
235 gehört.

236 “Der Antisemitismus”, so Theodor W. Adorno in *Minima Moralia*, “ist das Gerücht
237 über die Juden.“ Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Minimaldefinition
238 ergibt sich der Auftrag, Initiativen im Kampf gegen den Antisemitismus ebenso
239 weiter zu stärken, wie die Förderung von Bildungsarbeit gegen Antisemitismus
240 weiter auszubauen. Das bedeutet auch, dass wir das wichtige Amt des
241 Niedersächsischer Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz
242 jüdischen Lebens weiter stärken müssen. War Niedersachsen 2019 das erste
243 deutsche Bundesland, das einen Landesbeauftragten bestellt hat und diesen
244 seither mit Sachmitteln und Personal unterstützt, sind wir der Meinung, dass aus
245 dem Ehrenamt mittelfristig ein - weiterhin unabhängig geführtes - Hauptamt
246 werden sollte.

247 Der Angriff der Hamas und die sich weltweit entladende, ungehemmte Wut auf
248 Jüdinnen und Juden, erfasst selbst junge Menschen weit weg vom Kriegsgeschehen.
249 Dies zeigt uns, wie notwendig es ist, im Alltag und in der Schule über
250 Antisemitismus aufzuklären und das Existenzrecht Israels gegen jede
251 Relativierung ins Zentrum politischer Bildung zu stellen. Ausdrücklich
252 unterstützen wir die von Justizministerin Kathrin Wahlmann gemachte Vorgabe an
253 Staatsanwaltschaften, dass Verfahren wegen antisemitischer Straftaten
254 grundsätzlich nicht mehr wegen Geringfügigkeit oder gegen Geldauflage
255 eingestellt werden sollen. Damit wird eine wichtige Forderung des rot-grünen
256 Koalitionsvertrages umgesetzt.

257 Mit großer Sorge stellen wir nicht zuletzt fest, dass die Welle antisemitischer
258 Äußerungen, Aufmärsche und Übergriffe politisch dafür genutzt wird, um
259 Ressentiments gegen Muslim*innen zu schüren und so zu tun, als sei der
260 Antisemitismus immer nur der “Antisemitismus der anderen”. Im Wissen um
261 verbreitete antisemitische Einstellungsmuster in der bundesrepublikanischen
262 Gesamtbevölkerung stellen wir uns entschieden gegen jegliche qualitative
263 Unterscheidung von Antisemitismus. In Zeiten, in denen selbst höchste Vertreter
264 der bayrischen Staatsregierung antisemitische Relativierungen zum eigenen
265 Vorteil zu nutzen versuchen, verwahren wir uns deutlich gegen den historisch
266 falschen Versuch, Antisemitismus einseitig als Problem einer
267 Einwanderungsgesellschaft zu begreifen.

268 Wir begrüßen daher ausdrücklich das versöhnende Engagement des Landesverbands
269 der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und der palästinensischen Gemeinde
270 Hannover als Vorbild für das friedliche Zusammenleben aller Menschen.

Begründung

Gemeinsam mit Michael Lühmann, MdL und innenpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, möchten wir für eine Sicherheit des einzelnen Menschen in unserem Bundesland eintreten.

Die Scheindebatten der letzten Wochen entblößen das Scheitern konservativer Flucht, Migrations- und Sicherheitspolitik. Mit wirkungslosen Vorschlägen ist keiner Kommune und keinem gefährdeten Menschen geholfen. Stattdessen setzen wir uns für praktische und realistische Antworten ein.

Rechtsextreme nutzen Stimmungen in der Gesellschaft aus, um Hass und Hetze tiefer einsickern zu lassen. Im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit müssen wir Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden stärken.

Es ist unsere Aufgabe, dem gesellschaftlichen Wandel eine weltoffene Perspektive zu geben. Die einer wehrhaften, auf der Würde des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels organisiert.

Und dabei niemanden zurück lässt.

Unterstützer*innen

Michael Lühmann (KV Göttingen); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Pippa Schneider (KV Göttingen); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Nils Pagels (KV Göttingen); Marie Kollenrott (KV Göttingen); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Julian Meinders (KV Leer/Ostfriesland); Marcus Stieger (KV Leer/Ostfriesland); Chuck Nießit (KV Leer/Ostfriesland); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Luca Theresa Wirkus (LV Grüne Jugend NdS); Elsa Crowther (KV Göttingen); Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Nienke Cornelia Roza (LV Grüne Jugend NdS); Philipp Tengler (KV Leer/Ostfriesland); Christian Meyer (KV Holzminden); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Ghalia El Boustami (KV Wolfenbüttel); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Hendrik Weking (KV Braunschweig)